

Der Vollzugsdienst

2/2016 – 63. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Warum muss es immer erst fünf nach zwölf sein bevor die Politik reagiert ?

Innere Sicherheit nach Sparexzessen der Vergangenheit überfordert

Seite 1

Mecklenburg-Vorpommern: Ohne Dienstpostenbewertung keine Beförderungen !

Justizministerin Kuder stoppt Beförderungsverfahren

Seite 47

Gewerkschaftliche Herausforderungen der kommenden Monate diskutiert

Frühjahrssitzung des BSBD-NRW Hauptvorstandes

Seite 54

Die Unverzichtbaren – Berufung und Beruf

Bei der 16. JOBinale war Gelegenheit für die verschiedenen Berufsbilder in der Justiz zu werben



Bayern



Niedersachsen



Thüringen

Fachteil: Anerkennung europäischer Berufsqualifikationen

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1 Warum muss es immer erst fünf nach zwölf sein, bevor die Politik reagiert?
- 2 Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung
- 4 Neues von der CESI – Auswirkungen der Flüchtlingskrise auf den Strafvollzug in Deutschland


LANDESVERBÄNDE

- 5 Baden-Württemberg
- 19 Bayern
- 21 Berlin
- 27 Brandenburg
- 30 Bremen
- 32 Hamburg
- 36 Hessen
- 45 Mecklenburg-Vorpommern
- 49 Niedersachsen
- 54 Nordrhein-Westfalen
- 68 Rheinland-Pfalz
- 73 Saarland
- 77 Sachsen
- 83 Schleswig-Holstein
- 86 Thüringen

FACHTEIL

- 89 Verordnung über die Anerkennung europäischer Berufsqualifikationen als Laufbahnbefähigung (Laufbahnbefähigungsanerkennungsverordnung – LBAV)
- 92 Urteile



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundeschef	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundeschef	Wolfgang Jänicke	wolfjanicke@aol.com
Stellv. Bundeschefin	Petra Rabe	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
Stellv. Bundeschef	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
Stellv. Bundeschef	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
Schriftleitung	Burghard Neumann	vollzugsdienst@t-online.de
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	thomas.goiny@berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 3/2016:

⇒ ⇒ 17. Mai 2016

Der Countdown läuft – BSBD-Landesvorstand vor Neuwahl

Vorbereitungen für den Verbandstag in Jena abgeschlossen

Am 11. Februar traf sich der Hauptausschuss zu seiner letzten Sitzung vor dem Verbandstag am 20./21. Februar 2016 in Jena in der JSA Arnstadt. Da zum Verbandstag ein neuer Vorstand gewählt wird, fand die Sitzung ein letztes Mal in ihrer bisherigen Zusammensetzung statt.

Auch wenn einige Mitglieder des derzeitigen Landesvorstandes nicht erneut kandidieren, gehen wir davon aus, dass wir viele Mitglieder des Hauptausschusses

wiedersehen werden und uns die ausscheidenden Mitglieder auch zukünftig, wenn auch an anderer Stelle, weiter für die Gewerkschaftsarbeit zur Verfügung stehen.

Über mögliche Kandidaten für neuen Landesvorstand diskutiert

In der Sitzung wurden neben aktuellen Angelegenheiten (Personalsituation und Dienstpostenbewertung) insbesondere die Anträge zur Änderung der Satzung besprochen und formell an den Verbands-

tag gerichtet. Darüber hinaus wurde der Ablauf des Verbandstages besprochen und über mögliche Kandidaten für den neuen Landesvorstand diskutiert.

Innerhalb der satzungsgemäßen Frist ging noch ein weiterer Antrag des Ortsverbandes Hohenleuben an den Verbandstag beim Vorstand ein, über den ebenfalls zu entscheiden sein wird. Zwischenzeitlich wurden auch die Delegiertenunterlagen versandt, so dass einer guten Durchführung nichts entgegensteht. *Der Landesvorstand*

Justizausschuss beschäftigt sich mit der Personalsituation

Kleiner Lichtblick: Einstellung von 10 Anwärtern im mittleren AVD zum 1. Oktober 2016

Im März wird sich der Justizausschuss auf Antrag der CDU-Fraktion mit der Personalsituation im Justizvollzug beschäftigen. Bereits seit langem haben wir uns gemeinsam mit dem Hauptpersonalrat Justizvollzug für eine aktuelle, an tatsächlichen Aufgaben orientierte Personalberechnung eingesetzt.

Der BSBD hatte bereits im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch darauf hingewiesen, dass eine Umsetzung der neuen gesetzlichen Regelungen nur mit einer entsprechenden Personalausstattung möglich ist und vor allem auch auf den Umstand, dass die letzte Personalberechnung sehr lange zurückliegt und viele Umstände (beispielsweise der bereits vor dem neuen Gesetz gestiegene Aufgabenumfang, sowie der verlängerte Erziehungsurlaub, aber auch die gestiegenen Fehlzeiten) zusätzliches Personal erfordern.

Bis 2020 werden 107 Bedienstete in den Ruhestand versetzt

Leider muss man feststellen, dass dies zunächst ohne spürbare Reaktion geblieben ist. Dies gipfelte darin, dass nach zahlreichen Gesprächen und Schreiben sowie unserer Presseerklärung im Herbst 2015 die Landesregierung in Antworten auf eine kleine Anfragen im August 2015 einräumen musste, dass bis einschließ-

lich 2020 107 Bedienstete (davon 90 des AVD) wegen Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand versetzt oder berentet werden. Die Landesregierung kann auch nicht beantworten, welche Personalausstattung gegenwärtig überhaupt zur Umsetzung der gesetzlichen Regelungen des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuches benötigt wird.

Eine Personalberechnung ist unbedingt notwendig

Wir haben öffentlich zum Ausdruck gebracht, dass es uns wundert, dass dies im Landtag zunächst so hingenommen wurde und darauf hingewiesen, dass es eine gesetzliche Verpflichtung gibt (§ 108 ThürJVollzGB), die Anstalten mit dem erforderlichen Personal auszustatten und gefragt, wie diese sich durch die Politik selbst auferlegte gesetzliche Bestimmung denn erfüllt werden soll, wenn nicht einmal bekannt ist, wieviel Personal benötigt wird.

Diese Aktivitäten haben nach unserer Überzeugung dazu geführt, dass sich nunmehr der Justizausschuss im Landtag mit der Personalsituation im Justizvollzug beschäftigen wird. Der entsprechende Antrag ist Internet zu finden (<http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/vorgaenge/57331/1>).

Wir gehen zwar davon aus, dass dies für sich allein jedenfalls unmittelbar noch keine Verbesserung der Personalsituation nach sich ziehen wird. Eine Personalbe-

rechnung ist nach unserer Überzeugung aber ein erster und notwendiger Schritt. Es kann nicht sein, dass der Widerspruch zwischen gesetzlichen Forderungen und der Personalausstattung ausschließlich auf unserem Rücken ausgetragen wird und eigene Verpflichtungen nicht erfüllt oder sogar ignoriert werden.

Durch die politisch Verantwortlichen muss endlich zur Kenntnis genommen werden, dass die sich ständig verschlechternde Personalausstattung verbunden mit einer ständigen Aufgabenmehrung nicht ohne Folgen bleiben kann. Wir haben stets darauf aufmerksam gemacht, dass wir weder das Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch noch den Haushalt oder einen Stellenabbaupfad beschlossen haben.

Den aus unserer Sicht zwischen diesen Maßnahmen bestehenden Widerspruch müssen nicht wir, sondern die dafür Verantwortlichen lösen. Dafür werden wir uns weiter einsetzen.

Unmittelbar vor Redaktionsschluss ist bekannt geworden, dass entgegen früherer Aussagen in diesem Jahr die Einstellung von 10 Anwärtern im mittleren allgemeinen Vollzugsdienst zum 1. Oktober erfolgen wird.

Auch wenn dies nicht zu einer deutlichen Verbesserung der Personalsituation beitragen wird, gehen wir von einem kleinen Lichtblick aus, der sicher auch mit unseren Initiativen in Zusammenhang steht. *Der Landesvorstand*



Kredite ablösen und Wünsche erfüllen – Freiräume schaffen

Beamendarlehen zu **Bestkonditionen bis 100.000 Euro & niedrigen Monatsraten**

Unverbindliches Angebot unter: **030 / 4081 6444** oder www.dbb-vorsorgewerk.de/bd



**dbb
vorsorgewerk**
günstig • fair • nah

Wer ist die Zielscheibe ...?

Bundesweit ist eine deutliche Zunahme von Gewalt gegenüber Bediensteten zu verzeichnen

Am 19. Februar 2016 erschien in der Ostthüringer Zeitung ein Artikel unter der Überschrift „Die Insassen im Gefängnis Hohenleuben schlagen zurück.“ Hintergrund war, dass der Ex-Profiboxer Charly Graf die JVA Hohenleuben besuchte und den Gefangenen „eine kostenlose Schnupperstunde“ gegeben hatte. Graf, der früher ebenfalls im Gefängnis saß, sei heute durch sein soziales Engagement „auf einem guten Weg und wolle dies an die Insassen weitergeben.“

Gegenwärtig ist im Vollzug in Thüringen, aber auch bundesweit, eine deutliche Zunahme von Gewalt gegenüber Bediensteten zu verzeichnen. In der aktuellen Vergangenheit wurden in der JVA Tonna mehrere Bedienstete von Gefangenen massiv verletzt.

Insbesondere vor diesem Hintergrund ruft diese „Behandlungsmaßnahme“ bei unseren Bediensteten völliges Unverständnis hervor. Die Wirkung einer solchen Pressemeldung auf unsere Kollegen ist fatal und an Unsensibilität nicht zu übertreffen.

Kein Schnupperunterricht im Boxen

Grundsätzlich steht der **BSBD**-Ortsverband Tonna jeglichem, als „Behandlungsmaßnahme“ getarnten Vermitteln von Fähigkeiten in Kampfsportarten ablehnend gegenüber.

Wir fordern an dieser Stelle die Verantwortlichen auf, grundsätzlich von solchen Maßnahmen Abstand zu neh-

men. Es dürfte auch für Unbeteiligte geradezu lächerlich wirken, dass sich der Vollzug über eine ständige Zunahme der Gewaltbereitschaft beschwert und an anderer Stelle „Schnupperunterricht“ im Boxen erteilt wird. Dies ist nur damit zu erklären, dass die gegenwärtige Entwicklung bei den Verantwortlichen nicht zur Kenntnis genommen oder sogar ignoriert wird.

Die Interessen der Bediensteten nicht ignorieren

Die Veranstalter und Sponsoren sollten sich aus unserer Sicht überlegen, wie ihr Artikel auf die verletzten Bediensteten, die sich zum Teil immer noch in ärztlicher Behandlung befinden und bei denen die Folgen ihrer Verletzungen noch nicht absehbar sind, wirkt.

Wir sind der Meinung, dass hier Grenzen überschritten werden. Glanzlichter in der Presse können nicht dazu führen, dass die Interessen der Mitarbeiter so ignoriert werden. *Ortsverband Tonna*

Anmerkung:

Der auch in sozialen Netzwerken veröffentlichte Artikel der Ostthüringer Zeitung, sowie die Mitteilung des Ortsverbandes Tonna, die ich vorab bereits an die Mitglieder des Hauptausschusses versandt hatte, hat für zahlreichen Diskussionsstoff mit pro und contra gesorgt.

Ich halte die mir gegenüber geäußerte Verärgerung im Ortsverband Hohenleuben, dass sich der Ortsverband Tonna mit seiner Kritik ausschließlich auf Darstellungen in der Presse bezieht, die sonst auch vor allem durch Bedienstete hinsichtlich der dort vorgenommenen Darstellungen und Wertungen kritisch betrachtet wird, für genauso gerechtfertigt, wie die Verärgerung, die der Artikel bzw. die Veranstaltung bei den Bediensteten in anderen Anstalten hervorgerufen hat. Es ist aus meiner Sicht unzweifelhaft, dass im Vordergrund der Veranstaltung in Hohenleuben nicht die Vermittlung von Kampfsportkenntnissen gestanden hat. Genauso unzweifelhaft ist allerdings auch, dass vor allem das im Artikel erwähnte Training und die veröffentlichten Fotos auf Unverständnis und Ablehnung bei vielen Kollegen stoßen. Dass eine solche Reaktion erfolgte, dürfte nicht auf Verwunderung stoßen. *J. Bursian*

Treffen der Personalräte

Personalengpässe in allen Justizvollzugseinrichtungen in Thüringen

Am 20. Januar 2016 trafen sich Vertreter der Örtlichen Personalräte aller Thüringer Justizvollzugseinrichtungen in der JVA Tonna mit Vertretern des Hauptpersonalrates Justizvollzug.

Dieses Treffen wurde am 9. Februar 2016 in der JSA Arnstadt fortgesetzt. Zu beiden Treffen war ich als Vertreter des **BSBD** eingeladen. Schwerpunkte waren insbesondere die Personalsituation sowie die Fortschreibung der Dienstpostenbewertung. Aus meiner Sicht wurde einvernehmlich festgestellt, dass dringend eine Personalbedarfsberechnung durchgeführt werden muss. Alle Vertreter berichteten von Personalengpässen aus ihren Anstalten.

Hinsichtlich der Fortschreibung der Dienstpostenbewertung hatte ich dem Vorsitzenden des HPR einige Unterlagen, auch zu vorliegenden Bewertung

in anderen Bundesländern übersandt.

Vor dem Hintergrund, dass entgegen der bisherigen Rechtsprechung des Thüringer Oberverwaltungsgerichts und anderer Gerichte, der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts am 16. Dezember 2015 (2BvR 1958/13) entschieden hatte, dass in der sogenannten Massenverwaltung (Dienstposten mit ständig wechselnden Aufgaben) ein sachlicher Grund für eine Dienstpostenbündelung („Topfwirtschaft“) besteht und dargestellt hatte, dass es keinen hergebrachten Grundsatz des Berufsbeamtentums im Sinne von Art. 33 Abs. 5 GG gibt, wonach mit einem höheren Statusamt (stets) auch eine höhere Funktion verbunden sein muss, wurde diskutiert, inwiefern auch in Thüringen nunmehr eine Bündelung der Ämter von A7 bis A9 in Frage kommt.



Jörg Bursian. Foto: BSBD

Unter den Anwesenden wurde Einvernehmen erzielt, sich künftig bei der Fortschreibung der Dienstpostenbewertung für eine solche Bündelung einzusetzen, die es allen Beamten der Laufbahn des mittleren allgemeinen Vollzugsdienstes potentiell ermöglichen würde, das

Endamt ihrer Laufbahn zu erreichen.

Auch in der Hauptausschusssitzung des **BSBD** am 11. Februar 2016 in Arnstadt wurde beschlossen, sich für eine solche Bündelung einzusetzen.

Dies habe ich zwischenzeitlich auch dem TMMJV schriftlich mitgeteilt.

J. Bursian

BSBD-Ortsverband Arnstadt blickt auf ein aktives 2015 zurück

Vorsitzender Olaf Knüppel hält den Rechenschaftsbericht



Am 26. Januar 2016 fand die erste Mitgliederversammlung des BSBD-Ortsverbandes Arnstadt statt. In seinem Bericht erinnerte der Vorsitzende unseres Ortsverbandes, Kollege Knüppel, an die Höhepunkte aus dem Verbandsleben im zurückliegenden Jahr.

Im Februar war unser Ortsverband mit zwei Mitgliedern bei der öffentlichen Kundgebung des Thüringer Beamtenbundes im Rahmen Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder in Erfurt vertreten. Im März haben wir die Frauentagsfeier mit Mitteln des Ortsverbandes unterstützt. Die Kollegen

Josch und Hofffeld konnten gemeinsam mit Mitgliedern aus anderen Ortsverbänden und Bundesländern an einem Fortbildungsseminar in Danzig/Polen im April teilnehmen. Hierzu wurde im „Vollzugsdienst“ berichtet.

Ein weiterer Höhepunkt war der Familientag im Juni, bei dem wir den Erfurter Zoo besucht haben. An dieser Stelle wollen wir uns für die Herstellung des Kontaktes und die Organisation beim Kollegen Maik Werner bedanken. Im Juli besuchten uns Kollegen aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland zu einem Erfahrungsaustausch. Im September 2015 haben wir den Landesverband bei der

Organisation und der Durchführung des Sommerbiathlons in Oberhof unterstützt. Für eine gute Platzierung kämpften unsere Kollegen Kollascheck und Knüppel.

Einen Höhepunkt bildete die Feierstunde im Oktober anlässlich des 25-jährigen Bestehens unseres Verbandes. Wir freuen uns, dass wir neun Mitgliedern unseres Ortsverbandes eine Anerkennungsurkunde anlässlich ihrer 25-jährigen Mitgliedschaft im BSBD verbunden mit einem Erinnerungsgeschenk überreichen konnten.

In der Mitgliederversammlung am 26. Januar 2016 wurde hitzig über das teils populistische Auftreten der GdP (Gewerkschaft der Polizei) innerhalb des Justizvollzuges diskutiert. Unsere Mitglieder fordern vom Vorstand des Ortsverbandes und vom BSBD-Landesvorstand eine zeitnahe und angemessene Reaktion. Zudem verlangen unsere Mitglieder endlich eine Personalbedarfsberechnung vom TMMJV für die JSA Arnstadt.

Für das Jahr 2016 ist ein zweitägiger Ausflug nach Hamburg geplant. Ein darüber hinaus vorgesehener „Familienausflug“ soll zu einem Schaf- und Erlebnishof führen. Zum Verbandstag im April in Jena wurden die Kollegen Hahn, Josch und Völker delegiert.

Uwe Hofffeld, OV Arnstadt

– Anzeige –

Mit der passenden Finanzierung zur hauseigenen Elektrotankstelle

2013 hat Familie Müller ihr Eigenheim im Vogtland modernisiert: Mit einer Photovoltaikanlage und einer Tankstelle für den Elektro-Golf haben die Müllers ihre Energiekosten deutlich gesenkt. Ein wichtiger Partner bei der Umsetzung des innovativen Projekts war und ist die Wüstenrot Bausparkasse, die auch langjähriger Kooperationspartner des dbb vorsorgewerk ist. Nachdem Familie Müller ihr Einfamilienhaus im sächsischen Oelsnitz gebaut hatte, war 2013 der finanzielle Spielraum für eine erste Modernisierung vorhanden. „Wir wollten unseren Stromverbrauch senken und unabhängiger von den steigenden Strompreisen werden,“ erläutert Andrea Müller das Ziel der Baumaßnahme.

Die richtigen Fachleute als Projektpartner

Zwei Fachleute kümmerten sich um die Machbarkeit des Projekts: Zum einen ein Fachhandwerker, der die baulichen Voraussetzungen checkte und die optimale Südausrichtung des Daches bescheinigte. Und zum anderen – ebenso wichtig – der Wüstenrot-Berater Thomas Martin aus Plauen, der sich zusammen mit den Bauherren der finanziellen Seite annahm. „Schnell, unkompliziert und günstig“ konnte nach Auskunft

der Müllers die gesamte Finanzierung des Projekts geregelt werden. Die Photovoltaikanlage sollte so ausgelegt sein, dass der Strombedarf im Haus möglichst über die Anlage gedeckt ist. „Je mehr Eigenverbrauch, desto weniger teuren Strom müssen wir aus dem Netz kaufen“, so die Kalkulation der Müllers. Die Überschüsse werden ins Netz eingespeist und 20 Jahre lang mit einem garantierten Tarif vergütet.

Mit dem Turbodarlehen zur Solaranlage

„Zunächst planten wir eine PV-Anlage mit einem Batteriespeicher“, erzählt Frank Müller. Doch der Antragsprozess dafür war den tatendurstigen Bauherren zu langwierig. So kam schließlich der Wunsch auf, ein Elektroauto als „externen Stromspeicher“ zu nutzen. Schnell wurde der Wunsch Wirklichkeit – nicht zuletzt dank des maßgeschneiderten Wüstenrot Turbodarlebens. Es ist bestens für Finanzierungen geeignet, bei denen bis zu 30.000 Euro schnell, unkompliziert, mit überschaubarer Laufzeit und ohne Zinsänderungsrisiko gebraucht werden. So schnell wie die Finanzierung stand, so schnell wurde das Projekt realisiert: In nur drei Tagen war die PV-Anlage montiert, und schon bald lief die Waschmaschine erstmals mit Solarstrom. „Zu Beginn

kamen wir auf einen Eigenverbrauch von nur einem Drittel des produzierten Stroms“, berichtet Andrea Müller. Nachdem die E-Tankstelle für den Elektro-Golf installiert ist, erwartet die Bauherrin einen deutlich höheren Eigenverbrauch.

„Wir leben mit der Sonne“

Längst ist es zur Routine geworden, dass Waschmaschine und Geschirrspüler tagsüber laufen. Bei Sonnenschein wird dann auch gleich das E-Mobil aufgeladen. So lebt die Familie mit der Sonne. Keine Frage: Die Müllers sind glücklich mit ihrem Modernisierungsprojekt.

Ihr exklusiver **BSBD-Vorteil**: Als Einzelmitglied eines Landesbundes oder einer Mitglieds-gewerkschaft des dbb sparen Sie und Ihre Angehörigen 50 % der Abschlussgebühr beim Abschluss eines Bausparvertrages. Auch bei Baufinanzierungen – abhängig von der gewählten Finanzierungsvariante – erhalten **BSBD-Mitglieder** attraktive Zinsvorteile. Informieren Sie sich bei der Kundenbetreuung des dbb vorsorgewerk. Diese ist montags bis freitags in der Zeit von 8 Uhr bis 18 Uhr unter **030 4081 6444** für Sie erreichbar.

Weitere Info's: www.dbb-vorsorgewerk.de